

Akademie Bergstraße

für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung

Analysen & Empfehlungen

1. November 2018

Erneuerung von (Volks-)Parteien

Von Henrik Paulitz

Polarisierte Gesellschaften gefährden den Frieden. Alte und potenziell neue Volksparteien können weiterhin eine Grundlage dafür sein, Polarisierungen entgegenzuwirken. Aber wie könnten sich Parteien erneuern, um in einer gefährlicher werdenden Welt Deutschland und Europa auf vernünftige und verantwortungsvolle Weise zu positionieren? Und warum stiehlt sich das Volk teilweise auch allzu billig weg, wenn es um „Volksparteien“ und um die Zukunft der Völker geht?

Krise der Volksparteien

Es wäre zu einfach, die Krise der Volksparteien, die Krise der Politik generell als alleinige Folge von Fehlentscheidungen der Parteien zu interpretieren. Sie ist auch Folge einer sich ändernden Welt und einer öffentlichen Kommunikation, die manches begünstigt und manches bestraft. Es wäre für die Gesamtgesellschaft fahrlässig, die Krise der Volksparteien als vernachlässigbares Problem nur der Parteien selbst zu betrachten. Eine allein polarisierte und zerklüftete Parteienlandschaft mag den Eindruck von Aufbruch und Erneuerung vermitteln. Sie könnte aber umso leichter zum Opfer einer destabilisierenden öffentlichen Kommunikation in der sich aktuell rapide verändernden Welt werden. Sie könnte sehr viel anfälliger für Demagogie und Extremismus sein.

Diener und Bollwerke?

Eine der schwierigsten Fragen lautet: In welchem Maß unterliegen Volksparteien wegen ihrer engen Vernetzung mit nicht-staatlichen Eliten deren Einfluss und wie sehr sind sie andererseits wegen ihrer breiten Verankerung in der Bevölkerung und der Abhängigkeit davon, gewählt zu werden, vergleichsweise robuste Bollwerke zur Begrenzung negativer Einflüsse mächtiger Eliten? Diese Frage muss hier unbeantwortet bleiben, soll aber als Denkanstoß dienen.

Entschleunigung

Regelmäßig steht die Forderung nach einer visionären Politik im Raum. Mit dem Vorwurf, es fehle der große Wurf, es gebe nur ein pragmatisches Regieren „auf Sicht“, werden Parteien und Regierungen beständig unter Druck gesetzt, weitreichende Reformen durchzusetzen. Wenn aber alles ständig anders werden soll, dann müsste alles Bestehende immer nur schlecht sein. Viel zu wenig wird öffentlich darüber diskutiert, welche wichtigen Erregenschaften durch „Reformen“ verloren gehen können. Hat ein Land mit relativ hohem Wohlstand, noch relativ großer Freiheit, einer schon sehr viel saubereren Umwelt und nach Jahrzehnten des Friedens nicht auch sehr viel zu verlieren? Wie sinnvoll ist es, abstrakt nach ständiger Veränderung zu rufen? Zehn oder zwanzig Großexperimente gleichzeitig zu wagen, ist äußerst riskant. Eine deutliche Entschleunigung weitreichender politischer Umbrüche könnte in einer fragiler werdenden Welt eine wichtige Zukunftsaufgabe für die Parteien werden. Weniger ist mehr.

Politik für 90 Prozent der Bevölkerung

Die Begrenzung wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit einzelner und ganzer Gruppen ist die Basis für den Zusammenhalt der Gesellschaft und essentielle Aufgabe der Volksparteien. Verunsicherungen für die Jüngeren wie auch für die ältere Generation, Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Armuts-Renten, eine ausufernde Bürokratie, Deindustrialisierungs-Tendenzen, Schuldenlasten etc. sind Gift für die Gesellschaft. Eine wesentliche Zukunftsaufgabe ist es, eine realistische und faire Politik für die ganze Breite der Gesellschaft, für 90 Prozent der Bevölkerung zu entwickeln ("For the many, not the few"). Es geht um eine Politik für Menschen mit geringen Einkünften, für die Mittelschicht, für alle Berufsgruppen sowie für Unternehmen. Es geht um das Versprechen des Wohlstands für alle.

Europa konkret

Ein neuer „politischer Glaubenskrieg“ wird an der Frage entfacht, ob man für mehr oder für weniger Europa ist. Es ist nachvollziehbar, dass die Bevölkerung sich schwer damit tut, diese Frage zu beantworten, da weithin unklar bleibt, welche Folgen damit jeweils verbunden wären. Führt ein "mehr Europa" zu einer besseren Machtbalance zwischen

transnationalen Konzernen und Politik bzw. Bevölkerung oder wird die Macht der Konzerne weiter verstärkt? Können Wohlstand, Sicherheit und Freiheit Europas durch ein "mehr Europa" tatsächlich bewahrt werden oder wäre das Gegenteil der Fall? Würde ein "stärkeres Europa" eventuelle Standortverlagerungen der Industrie begrenzen und Arbeitsplätze erhalten oder würden sich solche Prozesse beschleunigen? Würde ein "stärkeres Europa" dem Frieden auf diesem Kontinent und in der Welt vergleichsweise gut dienen können oder würde eine sich weiterentwickelnde europäische Außen- und Sicherheitspolitik den Frieden nicht zuletzt auch in Europa gefährden? Kann sich dieser Kontinent in Zukunft nur durch ein "mehr Europa" ökonomisch besser behaupten und schützen oder würde das ganz im Gegenteil zu einer Destabilisierung Europas führen? Nimmt ein "mehr Europa" alle in hinreichendem Maße mit oder führt es zu weiterer Ausgrenzung, Abspaltung und zu neuen Feindschaften? Diese Fragen bedürfen, insbesondere auch vor der Europawahl, begründeter und überzeugender Antworten. Und: Ist möglicherweise "das derzeitige Europa" mit seinem Subsidiaritätsprinzip und gerade auch mit seinen schwierigen Entscheidungsprozessen in Abwägung vielleicht gar nicht so schlecht wie es gelegentlich schlecht geredet wird?

Exkurs: Welt der Gewinner und Verlierer

Es sind nicht mehr nur Globalisierungskritiker, die vor den enormen Gefahren der Globalisierung warnen. Der Globalisierungsprozess führe zu einem gnadenlosen Ringen um Einfluss, wobei es unter den Staaten und Weltregionen „Gewinner und Verlierer“ gebe, heißt es immer häufiger auch von etablierter Seite. Selbst aus dem Auswärtigen Amt heraus ist zu hören, bisher sei die Vorstellung gewesen, dass die Welt Verabredungen treffen, Verträge schließen und so sichere Grundlagen für das Handeln aller schaffen solle. Das allerdings sei laut New York Times „eine falsche Vorstellung“. Die Welt bestehe künftig nicht aus Verträgen und Verabredung, die Welt sei vielmehr „eine Kampfbahn, eine Arena, in der der Stärkere sich durchsetzt und der Stärkere sich Bündnispartner sucht“.¹ Regierungen in der ganzen Welt haben Probleme, mit der Geschwindigkeit des ökonomischen, sozialen und technologischen Wandels zurechtzukommen. Die Gesellschaften Europas und ihre Volkswirtschaften werden in eine zunehmend ungeschützte Konkurrenz mit den Gesellschaften Asiens und deren Volkswirtschaften getrieben.

Ökonomischen Niedergang verhindern

In vielen Berichten wird noch immer der Eindruck erweckt, als gehe es „uns“ in den klassischen Industriestaaten wirtschaftlich so gut wie noch nie. Robin Niblett, Direktor des einflussreichen Londoner Think Tanks Chatham House (Royal Institute of International Affairs) wirft hingegen die Frage auf: „Neigt sich die Epoche, in der die Globalisierung Nutzen für alle versprach, ihrem Ende zu?“ Laut Niblett hat bereits Mitte der 1990er Jahre ein „ökonomischer Niedergang“ eingesetzt: „Heute erkennen wir, dass Lohnniveaus und

¹ Auswärtiges Amt: Rede von Außenminister Sigmar Gabriel auf der französischen Botschafterkonferenz. 30.08.2017.

Lebensstandards in den USA und vielen Industrieregionen Europas seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich gesunken sind – was durch eine wachsende Abhängigkeit von Krediten verborgen blieb.“² Die Parteien sollten die Wirtschaftspolitik ins Zentrum ihrer Politik rücken und es zu ihrer zentralen Aufgabe machen, einen ökonomischen Niedergang in Europa zu verhindern, nicht zuletzt auch als wesentliche Grundlage für die Bewahrung des Friedens. Schleichende Standortverlagerungen der Industrie und teilweise nicht mehr tragfähige Bedingungen für den Mittelstand gefährden substanziell das Gesellschaftsmodell der europäischen Demokratien. Mit dem Schlagwort „Digitalisierung“ den massenhaften Verlust an vernünftigen Arbeitsplätzen hinzunehmen und Modelle einer „Sozialhilfe für alle“ bedürfen der gründlichen Erörterung, nicht zuletzt auch unter Hinzuziehung wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständs. „Armut für alle“ sollte nicht die neue Leitidee der Parteien werden.

Tatsächliche Ziele und Alternativen zur Diskussion stellen

Mit Umwelt-, Ressourcen- und Gesundheitsschutz lässt sich heutzutage Vieles begründen. Ein weitreichender Umbau dieser Volkswirtschaft lässt sich so in viele Trippelschritte zerlegen, ohne die Zielsetzungen offenlegen zu müssen. Die tiefe Vertrauenskrise der Politik hat auch damit zu tun, dass unklar bleibt, ob es beispielsweise im Kraftfahrzeug-Bereich um Luftreinhaltung und Gesundheit oder um ständig neue Maßnahmen zur Ankurbelung des Absatzes der Automobilindustrie geht. Geht es darum, den Verbrennungsmotor hinreichend sauber zu machen oder darum, ihn zu verbieten? Wird die propagierte Alternative, die Elektromobilität, in ihren Umwelt- und Gesundheits-Auswirkungen sachlich abgewogen oder werden die potenziellen Probleme erst nach umfassender Einführung skandalisiert, um den Pkw generell so teuer machen zu können, damit ihn sich nur noch Besserverdienende leisten können? Dient die Diskussion um die Automobilindustrie dazu, saubere Kraftfahrzeuge herzustellen, oder geht es darum, dass sich die Automobilindustrie aus Deutschland und Europa schrittweise zurückziehen möchte und dafür ein plausibel erscheinendes Narrativ gefunden werden muss? Geht es um Umwelt-, Ressourcen- und Gesundheitsschutz oder geht es um das Ziel einer Deindustrialisierung Europas? Wenn der Bevölkerung nicht offengelegt wird, wohin die Wirtschaft in Wirklichkeit steuert, kann das die schwerste Vertrauenskrise auslösen, die Deutschland und Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben.

Militärische Zurückhaltung

Eine der schwierigsten Herausforderung für die künftige deutsche Politik sind „internationale Erwartungen an Deutschland“, als militärische Ordnungs- und angebliche „Führungsmacht“ in Europa, Nordafrika und im Nahen Osten agieren zu sollen.³ Mit moralisierenden Begriffen wie „Verantwortung“ und „Menschenrechte“ wird seit Jahren die

² Robin Niblett: Geister der Vergangenheit. Internationale Politik. Sept./Okt. 2016.

³ Robin Niblett (Royal Institute of International Affairs/Chatham House): Internationale Erwartungen an Deutschland. Vortrag bei der Auftaktveranstaltung des Weißbuchprozesses 2016. Berlin. 17.02.2015.

deutsche Politik massiv unter Druck gesetzt, auf einen Kurs von Aufrüstung und Krieg zuzusteuern. Mit einem „Europäischen Verteidigungsfonds“ sollen deutsche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zudem Rüstungsvorhaben in anderen EU-Staaten mitfinanzieren. Die Schwierigkeit besteht darin, dass die Politik von internationaler Seite aus unter Androhung möglicher Nachteile massiv unter Druck gesetzt wird. Es könnte darauf ankommen, dass die Politik, insbesondere aber auch Kräfte aus der Zivilgesellschaft internationale Akteure auffordern, den Druck auf Deutschland zu beenden. Es muss darum gehen, einen Kurs der „militärischen Zurückhaltung“ auch weiterhin beibehalten zu können, ohne dass dies sanktioniert wird.⁴

Klartext - notfalls über Bande

Politikverdrossenheit und die Krise der Parteien sind auch Folge eines Kommunikationsproblems: Über die wirklich wichtigen Ziele der Politik wird selten „Klartext“ gesprochen. Der Berliner Politikwissenschaftler und Berater der Bundesregierung, Herfried Münkler, schrieb 2014 in einem Aufsatz für das Auswärtige Amt, das größte Problem der deutschen Außenpolitik sei die Diskrepanz zwischen „ihrer Ausrichtung“ und „ihrer öffentlichen Darstellung“. Offizielle Stellen würden „ein anderes Bild zeichnen, als es der tatsächlich betriebenen Politik entspricht“.⁵ Der Eindruck der Bevölkerung und auch der Basis von Parteien, dass oftmals kein reiner Wein einschenkt wirkt, trägt also nicht. Die logische Folge ist, dass die Bevölkerung Politiker häufig nicht versteht, ihren Worten misstraut und sich von der Politik abwendet. Das Dilemma: Spitzenpolitiker, zumal Regierungsmitglieder, die von vielen Seiten unter Druck stehen und natürlich stets auch von Rücktrittsforderungen bedroht sind, sind offenkundig gehalten, relevante politische Inhalte nur anzudeuten, zu verschleiern oder zu verschweigen. Wie aber kann unter diesen Umständen eine sinnvolle politische Willensbildung und demokratische Teilhabe organisiert werden? Die Bevölkerung nicht wahrheitsgemäß zu informieren, schadet der Demokratie massiv, zumal Parteien dann ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag, „bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“, nicht nachkommen würden. Die Parteien müssten also Wege finden, die Bevölkerung – notfalls über Bande, beispielsweise über publizistische Parallelstrukturen – über die zentralen Inhalte der Politik in Kenntnis zu setzen.

Aufgabe der Gesellschaft

Umgekehrt sind es aber auch Auftrag und Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft insgesamt, sich mit politischen Angeboten nicht zuletzt auch der Parteien tatsächlich intensiv und sachlich abwägend auseinanderzusetzen. In den Schulen stellt sich beispielsweise die Frage, ob es genügt, Schülerinnen und Schüler nur aufzufordern, schnell mal „ihre Meinung“ zu sagen und drauflos-zu-diskutieren. Ist es nicht vielmehr notwendig,

⁴ Vgl. Henrik Paulitz: Kriegsmacht Deutschland? Informationen und Handlungsempfehlungen zu brandgefährlichen Internationalen Erwartungen an Deutschland. Akademie Bergstraße. 2018.

⁵ Herfried Münkler: Die gefährliche Kluft zwischen Schein und Tun. Review 2014 - Außenpolitik weiterdenken. Auswärtiges Amt. Berlin.

Jugendliche an die sehr hohen Anforderungen politischer Fragestellungen heranzuführen? Müssen für die Schulen, die Ausbildungsstätten, die Universitäten und die Strukturen der Erwachsenenbildung nicht pädagogische Formate entwickelt werden, die ein sehr tiefgründiges Durchdringen politischer Fragestellungen und Prozesse ermöglichen? Das Auswärtige Amt hat angekündigt, künftig in Schulen, Universitäten und in Betriebsversammlungen schwierige Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik vergleichsweise offen thematisieren zu wollen. Dabei gehe es nicht nur um das Vermitteln von Inhalten, sondern auch von „schwierigen Abwägungsprozessen und Zielkonflikten“, vor denen die Politik „zwangsläufig“ stehe. Die Gesellschaft könnte daher künftig mit deutlich höheren Anforderungen an die politische Teilhabe konfrontiert werden, als sie es bislang gewohnt ist. Schlichte Zustimmung („Daumen hoch“) oder Ablehnung in so genannten sozialen Netzwerken wäre keine adäquate Antwort darauf. Es könnte eine Kultur nachdenklicher Gespräche und Diskussionen anstelle rein polarisierter Schlagabtausche gefördert werden.

Polarisierungen entgegenwirken

Volksparteien haben die Funktion, gesellschaftliche und politisch-ideologische Strömungen zu integrieren und Kompromisse zu organisieren. Zu ihrem Wesenskern zählt insofern, zum sozialen Frieden beizutragen. Eine inhaltliche Ausrichtung nach rein taktischen Gesichtspunkten der „Unterscheidbarkeit“ wäre falsch. Politische Inhalte müssen und dürfen sich in einer Demokratie nur aus Überzeugungen ergeben – und auch nur diese werden seitens der Wählerinnen und Wähler auf Dauer honoriert.

Abwägungen offenlegen

Volksparteien könnten sich dadurch auszeichnen, dass sie nicht nur feste Positionen, sondern Abwägungsprozesse offenlegen. Bei schwierigen Fragestellungen kann in einer Demokratie das Für und Wider offen thematisiert werden, solange es sachlich begründet erfolgt. Dies würde interessierte Teile der Bevölkerung wie auch die Basis von Parteien stärker einbeziehen. Was vielleicht als Schwäche erscheinen mag, das Offenlegen von Ambivalenzen, könnte die Stärke künftiger Volksparteien sein. Insbesondere auch dann, wenn eine Entscheidung per Volksabstimmung getroffen werden soll, ist das Für und Wider öffentlich intensiv zu erörtern. Wenn der Bevölkerung eine Verfassungsänderung zur Entscheidung vorgelegt wird, wären insbesondere auch Verfassungsrechtler zu hören, die über die Konsequenzen der angestrebten Änderung abwägend informieren.

Aufgabe der Medien

Im Kontext der Erneuerung der Parteien wird auch das Thema Medienpolitik in den Blick zu nehmen sein. Vordringliche Aufgabe der Medien ist es, über politische Vorhaben und Sichtweise inklusive der jeweiligen Begründungen sachlich und hinreichend konkret zu berichten. Auch geht es darum, der sachlichen Auseinandersetzung von Akteuren in Politik und Gesellschaft Foren zu geben, ohne nach jedem Halbsatz zu unterbrechen und

politische Positionen in einem positiven oder negativen Licht erscheinen zu lassen. Es ist in einer Demokratie die Aufgabe von Medien, über Kritik an Parteien und Politikern angemessen sachlich zu berichten, nicht jedoch kampagnen-artig Parteien systematisch zu begünstigen oder zu beschädigen. Mediale Dauer-Druck-Kampagnen mit dem Ziel, den Rücktritt missliebiger Politiker erzwingen zu wollen, schaden der Demokratie. Im Sinne des inneren und äußeren Friedens ist es insbesondere auch notwendig, dass die Medienberichterstattung eine weitere Polarisierung der Gesellschaft nicht begünstigt.